

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Absicherung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) für angehende Erzieherinnen und Erzieher

Bundesweit werden Kita-Plätze massiv ausgebaut und Erzieherinnen und Erzieher inzwischen händeringend gesucht. Bremen hat bereits zahlreiche Anstrengungen unternommen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Mit der Schaffung unterschiedlicher Ausbildungsangebote sollen weitere Interessentinnen und Interessenten und zusätzliche Zielgruppen gewonnen werden. Neben der Aufstockung der Fachschulkapazitäten, der Zulassung von Quereinsteigerinnen und –einsteigern, dem Einsatz von Entlastungskräften und einer Werbekampagne zur Akquise von Fachkräften und potenziellen Auszubildenden bietet Bremen zum Schuljahr 2018/2019 erstmalig die Praxisintegrierte Ausbildung zur/zum Erzieher/-in (PiA) am Institut für Berufs- und Sozialpädagogik (ibs) an.

Baden-Württemberg hat PiA – eine Art duale Erzieherinnen- und Erzieherausbildung – bereits 2012 entwickelt und damit positive Erfahrungen gesammelt, da diese praxisintegrierte Ausbildungsform mit Vergütung auch bei Menschen auf Interesse stößt, die den Erzieherinnen- und Erzieherberuf bislang nicht im Blick hatten. Auch andere Bundesländer haben mittlerweile nachgezogen. In Bremen werden im Rahmen eines Modellversuchs in enger Abstimmung mit den Trägern und dem ibs zwei Klassenverbände mit insgesamt 50 Plätzen angeboten. Die Auszubildenden, die ihre Ausbildung voraussichtlich im August 2021 mit der staatlichen Anerkennung abschließen werden, sind von Anbeginn in einer Kindertageseinrichtung und erwerben zugleich eine fundierte Theorieausbildung. Während ihrer dreijährigen Ausbildung erhalten sie eine Vergütung, die sich an der Ausbildungsvergütung von Verwaltungsfachangestellten orientiert.

Die positiven Erfahrungen in Baden-Württemberg sowie die sehr hohe Anzahl von Bewerbungen bereits auf die erste Ausschreibung in Bremen sind ein Ausweis für die Attraktivität dieses Ausbildungsmodells. Auch in Bremen ist zu erkennen, dass nicht nur die Rahmenbedingungen für den Erzieher/-innen-Beruf attraktiver werden, sondern tatsächlich auch neue Zielgruppen gewonnen werden.

Angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs zeichnet sich ab, dass die Zahl der jungen Menschen, die bereit ist, eine Ausbildung zur/zum Erzieher/-in ohne

Ausbildungsvergütung zu absolvieren, sehr begrenzt ist und eine Aufstockung „konventioneller Ausbildungsformate nur eine begrenzte Wirkung haben wird. Um Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Ausbildungsberufen zu vermeiden und gleichzeitig mehr Menschen für sozialpädagogische Berufe zu gewinnen, ist das Modell PiA auch für die Folgejahre abzusichern, zu verstetigen und bedarfsgerecht auszuweiten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. zur Sicherung der kurz- und mittelfristigen Fachkräftebedarfe die praxisintegrierten Ausbildung (PiA) für angehende Erzieherinnen und Erzieher in Abstimmung mit den Trägern fortzusetzen und bis zum Schuljahr 2020/2021 jährlich mindestens 50 Plätze zur Verfügung zu stellen.
2. wie die Finanzierung dieser Plätze für den genannten Zeitraum im laufenden Haushaltsvollzug dargestellt werden kann.
3. nach dem Durchlauf des ersten PiA-Jahrgangs des Modellversuchs zu prüfen, ob und inwiefern PiA als Regelausbildung an den öffentlichen Fachschulen verstetigt werden kann.

Petra Krümpfer, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner, Dr. Maika Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN